



Matthias Groot MdEP

## EIN JAHR LISSABON-VERTRAG

Was hat sich aus Sicht des Europäischen Parlaments verändert?

Von Matthias Groot

Zahlreichen Europäern fiel ein Stein vom Herzen als sich vor einem Jahr das irische Volk per Referendum im zweiten Anlauf doch noch für den Lissabonner Vertrag entschied. Nachdem die Staats- und Regierungschefs den Verfassungstext, der zuvor sehr offen in einem Konvent vorbereitet worden ist, im Oktober 2004 unterschrieben, gab es in vielen Mitgliedsstaaten offene Kritik. Verfassungsgerichtsurteile in Deutschland, ablehnende Referenden in Irland. Ein langes Gezerre, endlose Diskussionen, zahlreiche Verhandlungen und 5 Jahre später trat der Vertrag von Lissabon endlich in

Vertrag, hinsichtlich der anstehenden Erweiterungen wenig zukunftstauglich ist und eine solide Europapolitik kaum möglich wäre. Außerdem muss man bedenken, dass die EU mit einer Bevölkerung, die größer ist als die der USA und Russland zusammen, nicht nur die größte Handelsmacht der Welt ist, sondern zwangsläufig ein »globaler Akteur«. Die EU musste ihrer wachsenden Rolle in der Welt gerecht werden und zugleich innerlich zusammenwachsen.

Wenn sich das Inkrafttreten des Vertrags im Dezember dieses Jahres zum ersten Mal jährt, wird es in der Öffentlichkeit zu einer Zwischenbilanz kommen und selbstverständlich Resümee gezogen.

Der Vertrag von Lissabon hat institutionelle Neuerungen geschaffen und das politische System der Europäischen Union grundlegend verändert. Es steht nicht länger auf drei, sondern auf vier Beinen: Europäischem Rat, Ministerrat, Kommission und auch dem Parlament. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags lassen sich deutliche Veränderungen gegenüber »Nizza« feststellen. Mit dem Vertrag von Lissabon ist die EU demokratischer geworden: die nationalen Parlamente werden stärker einbezogen, die Europäische Bürgerinitiative ist geschaffen worden, die Kompetenzen des Europaparlaments wurden erweitert; mehr Sichtbarkeit durch die Schaffung eines permanenten Präsidenten des Europäischen Rates; mehr Kompetenzen für die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik; mehr Effizienz durch die verstärkte Zusammenarbeit und der Ausdehnung des Mehrheitsstimmrechts.

Das Europäische Parlament gehört zu denjenigen Institutionen, deren Kompetenzen durch den neuen Vertrag am stärksten ausgebaut werden. Es übt inzwischen gemeinsam mit dem Rat die Rechtsetzung der EU aus. Dabei ist das sogenannte Mitentscheidungsverfahren, das dem Rat und Parlament annähernd gleiche Rechte einräumt, nun zum »ordentlichen Gesetzgebungsverfahren« geworden, das bei den meisten Politikbereichen Anwendung findet. Insbesondere die Agrar-, Umwelt-, Verkehrspolitik und die justizielle Zusammenarbeit wurden neu in die Zuständigkeit des Parlaments überführt.

Das Europäische Parlament nutzt seine neuen Rechte als Mitgesetzgeber und löst die alten Konstellationen auf. Die EU

kann internationale Verträge nur noch mit Zustimmung des Europaparlamentes abschließen. Dem inzwischen in Kraft getretenen Bankdatenabkommen SWIFT haben die Europaabgeordnete dicke Steine in den Weg gelegt und Washington war sichtlich nicht darüber erfreut.

Die Abgeordneten bestellen heute mit großer Selbstverständlichkeit die designierten EU-Kommissare zum Vorstellungsgespräch ein und haben auch in diesem Jahr wieder eine Umbesetzung nicht fähiger Kommissare erwirkt.

Das EP mischt sich über seine Budgetkompetenz mit eigenen Konzepten in den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes ein und denkt strategisch, nicht lediglich bürokratisch über die Rolle des neuen Dienstes nach. Die Legislative kann die Interessen der Menschen nun noch konsequenter vertreten. Und kann Kurskorrekturen bei EU-Kommission und Rat erzwingen.

Europaabgeordnete treiben die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative entschieden voran und setzen so auf eine neue Form der Bürgerbeteiligung in Europa. Die nächste langfristige Budgetplanung der Union steht an und das Parlament lässt es sich nicht nehmen seine neuen Rechte im Haushaltsverfahren auch anzuwenden. Mit Lissabon hat das Europäische Parlament an Macht dazu gewonnen und kann Kurskorrekturen bei EU-Kommission und Rat erzwingen. Es ist abzusehen, dass sich die Kommission mit den Bestimmungen von Lissabon neben einem gestärkten Europäischen Rat und einem selbstbewussten Parlament schwer tun wird.

### Wie geht es weiter?

Wie geht es nun weiter mit dem Vertrag von Lissabon? Angesichts des langen und steinigen Weges bis zur Ratifizierung wird es nicht darum gehen, so schnell wie möglich einen neuen Vertragsentwurf auf den Tisch zu legen. Allerdings wächst der Druck nach Reformbedarf und engerer Zusammenarbeit: Durch die Euro-Krise sind die Regierungen gezwungen, die Vorgaben zur Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu stärken und die Schwächen der Währungsunion in der wirtschaftspolitischen Koordinierung auszugleichen. Notwendige Maßnahmen führen höchstwahrscheinlich auch zu einer Veränderung der Verträge. ■



Seit dem Lissabon-Vertrag geht es vor allem für das Europäische Parlament aufwärts.

Foto: photocase

Kraft. Die Europäische Union hat ein neues Regelwerk, das es ihr erlaubt, sich für die Zukunft institutionell besser aufzustellen. Diese Änderung war bitter nötig, denn die damals 15 EU-Mitglieder stellten beim Gipfel von Nizza im Jahre 2000 fest, dass der dort beschlossene